

Herr Bundesrat
Johann N. Schneider-Ammann
Vorsteher des Eidgenössischen
Departements für Wirtschaft, Bildung und For-
schung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per Mail : tcgl-ga@seco.admin.ch

Bern, 22. November 2018

Bundesgesetz über Beiträge an die Kosten für die Kontrolle der Stellenmeldepflicht – Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, dass wir zum neuen „Bundesgesetz über Beiträge an die Kosten für die Kontrolle der Stellenmeldepflicht“ Stellung nehmen können.

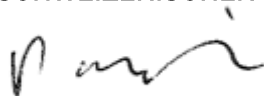
Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat die Stellenmeldepflicht unterstützt. Sie muss so ausgestaltet sein, dass sie den Arbeitslosen und Stellensuchenden in der Schweiz nützt – unabhängig von ihrer Herkunft und nichtdiskriminierend. Die Stellensuchenden, die meldenden Arbeitgeber und die öffentlichen Arbeitsvermittlungen müssen überzeugt sein, dass die Stellenmeldepflicht die Stellensuche und die Stellenbesetzung vereinfacht. Dieses Ziel muss durch eine hohe Qualität der öffentlichen Stellenvermittlung erreicht werden. Würde die Stellenmeldepflicht hingegen zu einem repressiven Instrument uminterpretiert, so wäre das kontraproduktiv. Aus diesem Grund sind Kontrollen für den SGB für die Durchsetzung zwar notwendig, aber nicht zentral.

Die von Ihnen vorgeschlagenen Regelungen zur Finanzierung der Kontrollen erscheinen uns zweckmässig - namentlich die Finanzierung der kantonalen Kontrollen über einen Pauschalbetrag und die vorgesehene finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kontrollen. Dass die Kantone über die Kontrollen Bericht erstatten müssen, begrüssen wir.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom